

Newsletter Juli 2016

Sehr geehrte, liebe vds Mitglieder und LeserInnen des Newsletters,

Die Ferienzeit hat begonnen und alle freuen sich auf den Urlaub.
Wir wünschen Ihnen allen eine gute Erholung.

Bei Interesse können Sie gern diesen ausführlichen Newsletter über die Gesprächsrunden mit den Bildungspolitikern des Brandenburger Landtages lesen. Seit April gab es mit den Bildungspolitikern und dem vds – Landesvorstand drei Beratungen.

1. Gesprächsrunde zwischen dem Verband Sonderpädagogik e.V. LV Brandenburg und den bildungspolitischen Sprechern der Parteien im Brandenburgischen Landtag

Am 15.04.2016 trafen sich Mitglieder des Vorstandes des Verbandes Sonderpädagogen e.V. mit den bildungspolitischen Sprechern der Parteien im Brandenburgischen Landtag Simona Koß (SPD), Kathrin Dannenberg (DIE LINKEN), Marie Luise von Halem (BÜNDNIS90 / DIE GRÜNEN) in der Oberlinschule in Potsdam.

Die Vorsitzende des vds im Land Brandenburg übernahm die Moderation.

Als Gesprächsgrundlage dienten folgende Themen:

- Situation der Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen im Land Brandenburg
 - Aufgabengebiet hat sich geändert, vermehrt Vertretungsreserve,
 - Fehlen von Sonderpädagogen im Land, dadurch die adäquate Förderung von SuS mit sonderpädagogischen Förderbedarf gefährdet,
 - Appell an Politik zur Neueinstellung von Sonderpädagogen, lukrativer gestalten
 - Überprüfung der aktuellen Ausbildungsbedingungen im Land,
- Problematik - Pädagogische Unterrichtshilfe,
 - Kommunikationshürden zwischen Schule, MBSJ, Jugendamt, Sozialamt
- Überprüfung/Evaluierung der Diagnostik - diagnostische Tätigkeiten
 - Kind- Umfeld Diagnostik nicht mehr gegeben
 - keine Kapazitäten in SpFB SuS länger diagnostisch zu begleiten
- Beschulung von Flüchtlingskinder (Bsp. Schulamtsbereich Frankfurt/Oder)
- neue Rahmenlehrpläne
 - SuS mit sonderpädagogischem Förderbedarf nicht erfasst
 - Problematik von SuS mit sonderpädagogischen Förderbedarf in pkt. Leistungsbewertung
 - Fortbildungen von Lehrkräften zu den neuen Rlp qualitativ unterschiedlich
 - keine Einbeziehung der Fachseminarleiter, keine Fortbildung der Fachseminarleiter zu den neuen Rahmenlehrplänen
 - Kolleginnen und Kollegen sonderpädagogische Förderschwerpunkt "Geistige Entwicklung" zu keinen Fortbildungen eingeladen
- Standpunkt des VDS zur Verkürzung des Referendariats von 18 Monate auf 12 Monate
- Kommunalisierung der Schulpsychologie

Diskussion

Landesvorsitzende:	Dr. Karin Salzberg-Ludwig	IBAN: DE16 1009 0000 1800 2920 06
Stellv. Landesvorsitzender:	Reinhard Wygasch	BIC: BEVODEBB
Geschäftsführer:	Dr. Uwe Plenzke	Berliner Volksbank e. G.
Schriftleiter:	Heiko Heinemann/Christiane Scholze	Steuernr.: 046/141/05734
Schatzmeister	Gregor Albrecht	www.vds-in-brandenburg.de

Einige Vorstandsmitglieder ergänzten dahingehend, welche Problematiken beim Abschaffen der Feststellungsverfahren entstehen würden. Herr Minister Baaske wurde bereits bei einem Treffen des Landesvorstandes informiert. Eine Abschaffung wäre für Bildungsweg der SuS und gleichzeitig für freie Schulen fatal. Unverständnis kam auf, da bereits vor vielen Jahren ein Schulressourcenpapier ausgearbeitet worden ist, welches ausreichend Auskunft zum Lehrbedarf gab. Einige Vorstandsmitglieder berichteten vom derzeitigen Schulalltag bzw. aus diagnostischen Tätigkeiten.

Frau Koß (SPD) sprach sich dafür aus, dass es keine Allroundlösung geben wird. Sie plädierte dahingehend, dass eine bildungspolitische Konzeptentwicklung zum Thema Inklusion bereits erarbeitet wird. Um die personelle Situation im Land zu verbessern werden Konzepte und Wege gesucht, wobei die Erhöhung der Referendariatsplätze eine wichtige Rolle spielt. Sie berichtet von Qualifikationsmaßnahmen von Quereinsteigern in Bildung (Wib e.V. und LISUM). Frau Koß baut auf gute Erfahrungen im Netzwerk Grundschule – Fördern. Die im Land kursierenden Gerüchte zur Neustrukturierung der Diagnostik kennt sie nicht. Frau Koß greift das Thema Schulpsychologie auf und berichtete kurz vom derzeitigen Arbeitsstand.

Frau v. Halem (BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN) ergänzte dahingehend, dass die Bildungspolitik der letzten Jahre eine „erschreckende Kontinuität“ aufweist. Ihrerseits sind Vergleiche möglich, es sind keine Veränderungen in der Bildungspolitik. Die Landesregierung wusste Bescheid und reagierte nicht, was zum Ergebnis hat, dass keine Lehrkräfte/Sonderpädagogen, Fachkräfte im sozialen Bereich eingestellt wurden bzw. verfügbar sind. Frau von Halem ist ein Verfechter der Abschaffung von Förderschulen und hat seinerzeit ein Gutachten in Auftrag gegeben, worin Prof. Preuss-Lausitz ein Statement bzw. Empfehlung zum Umgang mit Förderschulen im Land Brandenburg abgegeben hat. Sie weiß sehr wohl, dass Bildung so, wie sie derzeit läuft, nicht funktioniert.

Frau Dannenberg (DIE LINKEN) bestätigt und befürwortet die Erstellung eines bildungspolitischen Konzeptes. Sie möchte keine voreiligen Schlüsse ziehen, sondern baut auf Ruhe und ausgereifte Konzepte. Sie sieht die Zusammenarbeit mit vds dahingehend notwendig und erbittet eine Zusammenarbeit.

Frau Dannenberg betont, dass der derzeitige Lehrermangel auf die schlechte Personalpolitik in den 90iger Jahren beruht und keine Reaktion der damaligen Landesregierung erfolgte. Sie äußerte ihre Überlegungen, wie Fortbildung verbessert werden könnte.

Sonderpädagogische Diagnostik: Aufbauend auf die guten Erfahrungen aus den Inklusionsschulen müsste sonderpädagogische Diagnostik neu überarbeitet werden. Sie ist der Meinung, dass die Erfahrungen aus Stundenpool der PINK Schulen genutzt werden sollte und auf alle Grundschulen bzw. weiterführenden Schulen ausgeweitet werden müsste.

Zusammenfassend wurde festgehalten, dass diese neue Gesprächsrunde zum Gedankenaustausch zwischen Fachverband(VDS) und Politik beibehalten werden muss. Somit entstand ein neuer Termin, in dem folgende Fragen im Mittelpunkt stehen sollten.

Wie sieht aus Sicht der Parteien die Perspektive der Inklusion in Auswertung der wissenschaftlichen Begleitforschung aus?

Welche Positionen haben die im Landtag vertretenen Parteien zur Abschaffung der Feststellung bestimmter Förderbedarfe (L-E-S) und damit im Zusammenhang stehenden Veränderungen in zukünftiger Schulgesetzgebung und in nachfolgenden Rechtsvorschriften?

Wie soll nach Auffassung der Parteien im Landtag dem eklatanten Mangel an sonderpädagogischen Fachkräften in naher Zukunft begegnet werden?

Als Termin wurde der 23.05.2016 16:30 Uhr in der Oberlinschule in Potsdam vereinbart.

- Themen: Beschulung von Flüchtlingskinder

Welche Auswirkungen und Herausforderungen sehen die Parteien im Landtag in Bezug auf die zu bewältigenden Aufgaben im Bereich Bildung und Jugend durch die Zuwanderung von Flüchtlingskindern?

- Diagnostik im Land Brandenburg

2. Gesprächsrunde mit den bildungspolitischen Sprechern der Parteien im Brandenburgischen Landtag

Eingeladen vom Vorstand des Verbandes Sonderpädagogik e.V. Landesverband Brandenburg, trafen sich am 23.05.2016 die bildungspolitischen Sprecher der Parteien im Brandenburgischen Landtag, Simona Koß (SPD), Kathrin Dannenberg (LINKE), Marie Luise von Halem (Bündnis90/Grüne), Gordon Hoffmann (CDU) und Birgit Bessin (AFD) zu einer offenen Gesprächsrunde in der Oberlinschule.

Im Mittelpunkt standen die Themen: sonderpädagogische Diagnostik im Land Brandenburg und die aktuelle bildungspolitische Flüchtlingspolitik.

Ausgehend von den Standards sonderpädagogischer Diagnostik des Verbandes Sonderpädagogik e.V., verdeutlichte in einigen kurzen Einführungsworten die Landesvorsitzende des VDS Frau Dr. Karin Salzberg-Ludwig, die unterschiedliche Handhabbarkeit sonderpädagogischer Diagnostik mittels entsprechender Handreichung im Land Brandenburg. Sie betonte, dass eine gute Schule eine Diagnostik, insbesondere eine prozessbegleitende Diagnostik benötigt. Entsprechende wissenschaftliche Untersuchungen wurden durchgeführt und deren Ergebnisse liegen vor.

Frau von Halem verwies darauf, dass ihre Partei eine Diagnostik im klassischen Sinn nicht wünscht. Nach Skandinavien schauend, betonte sie die von Diagnostik freie Schule, so, dass alle Schülerinnen und Schüler im Schulsystem aufgefangen und entsprechend gefördert werden. Gleichzeitig weiß sie, dass es sich hierbei um einen langen Prozess handelt und unter den derzeitigen Bedingungen, die die Landesregierung vorhält, nicht möglich ist. Sie fordert die Bildung von multiprofessionellen Teams unter dem Dach der Schule.

Frau Koß betonte in ihrem Statement, dass in der letzten Legislaturperiode das Thema Inklusion aufgegriffen wurde, aber nicht zielführend umgesetzt wurde. Fehler und Problemlagen wurden erkannt und werden Bestandteil eines im Sommer 2016 erscheinenden Inklusionspapiers des MBS sein. Große Rolle spielen hierbei auch die Erfahrungen der Pilotschulen bzw. des wissenschaftlichen Beirates. Frau Koß begrüßt ebenfalls das Zusammenspiel von Schule – Schulpsychologie – Therapie usw., die Bildung von multiprofessionellen Teams. Am Beispiel der Einzelfall- bzw. Gruppenhilfe macht sie deutlich, dass die derzeitigen gesetzlichen Vorschriften eine sonderpädagogische Diagnostik erfordern.

Herr Hoffmann (CDU) plädierte eindeutig gegen die Abschaffung des Diagnostikverfahrens. In Gesprächen mit Lehrern und insbesondere Sonderpädagogen verschiedenster Schulformen

wurde deutlich, dass in der derzeitigen Schullandschaft eine sonderpädagogische Diagnostik notwendig ist. Er betonte die vom MBSJ zu wenig vorgehaltenen Ressourcen. Grundsätzliches Problem sieht Herr Hoffmann im gegliederten Schulsystem von Brandenburg. Herr Hoffmann forderte den VDS Landesverband Brandenburg auf, gemeinsam mit der CDU Handlungsmuster bzw. Konzepte zu entwickeln, die ein Vorantreiben der Bildung im Land Brandenburg (im Vergleich zum Bundesdurchschnitt) unterstützt.

Frau Bessin (AFD) machte deutlich, dass sie nicht über sonderpädagogische Erfahrungen verfügt, sehr wohl aber weiß, dass alle an Schule beteiligten, seien es Lehrer und Sonderpädagogen, unzufrieden sind. Die große Mehrfachbelastung, das „Zuschütten“ mit verschiedensten Aufgaben lässt viele Lehrer verzweifeln. Sie prangert die mangelnde sonderpädagogische Förderung durch den Sonderpädagogen an, da sie (Sonderpädagogen) sehr oft als Vertretungsreserve angesehen wird. Grundsätzlich findet Frau Bessin die Inklusion einen „guten Gedanken“. Sie plädiert für den weiteren Ausbau der Förderschulen.

Frau Dannenberg sieht die sonderpädagogische Diagnostik als ein sehr spannendes Feld und befürwortet diese grundsätzlich. Festgestellt wurde von ihr, dass Diagnostik in Schule nicht den Zweck erfüllt, den sie sollte. Vieler Ort's wird Diagnostik als „Stundengewinn“ für die sonderpädagogische Förderung verstanden. Sie unterstützt den Gedanken der Bildung von multiprofessionellen Teams in Schule. Sie wünscht sich mehr Flexibilität. (Förderung da wo sie benötigt wird, einheitliches Arbeitsfeld des Sonderpädagogen) An einigen Schulen wird der Sonderpädagoge als Vertretungslehrer benötigt, andererseits hat der Sonderpädagoge an anderer Schule eine kleine Monopolstellung, sodass sonderpädagogische Förderung stattfindet. Grundsätzlich fehlt pädagogisches Personal, was sich in Zukunft nicht ändern wird. Frau Dannenberg berichtet von ihren Erfahrungen und merkte an, dass Inklusion im Land schon läuft, dass wir auf dem Weg sind. Viele Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf lernen im Gemeinsamen Unterricht. Diese Form der Beschulung und alle Lehrkräfte müssen in ihrer Arbeit unterstützt werden.

Der Geschäftsführer des Verbandes wünscht sich eine klare Begriffsbestimmung zur sonderpädagogischen Diagnostik, besonders im Hinblick auf eventuelle Abschaffung der Feststellungsverfahren und der daraus resultierenden Erwartung des MBSJ gegenüber Schulen in freier Trägerschaft.

Zum Thema der Beschulung von Flüchtlingen äußerte sich Frau Koß dahingehend, dass die Landesregierung reagiert und neue Lehrerstellen genehmigt hat. Des Weiteren wurde vom MBSJ ein Papier erarbeitet, welches als Grundlage der Beschulung dienen sollt. Ansprechpartner für eventuelle Probleme und Hinweise sind die jeweiligen Schulämter. Abschließend wurde ein weiteres Treffen am 05.07.2016 in der Oberlinschule vereinbart. Im Mittelpunkt steht dann die Beschulung von Schülerinnen und Schüler mit autistischem Verhalten. Herr Wygasch übergab allen Politikern eine vom Landesverband erarbeitete Stellungnahme (siehe Homepage) und erklärte dringenden Handlungsbedarf.

3. Gesprächsrunde mit den bildungspolitischen Sprechern der Parteien im Brandenburgischen Landtag

Am 05.07.2016 trafen sich Mitglieder des Verbandes Sonderpädagogik e.V. des Landesverbandes Brandenburg mit Bildungspolitikern des Brandenburgischen Landtages (Frau Koß - SPD, Frau Dannenberg – DIE LINKE, Frau von Halem – Bündnis90/Grüne, Herr Königler -

AFD) in der Oberlinschule in Potsdam.

Gleichzeitig hatte der Vorstand Frau Nakos und Frau Paul eingeladen.

Herr Wygasch (stellv. vds Landesvorsitzende) stellt die Situation der Beschulung von Schülern mit Autismus anhand seines Standpunktepapiers (siehe Homepage) vor.

Die aufgeführten Problematiken wurden von der Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN aufgegriffen und als kleine Anfrage in den Landtag eingebracht.

Frau Nakos und Frau Paul ergänzen bzw. berichten von der täglichen schulischen bzw. beratenden Tätigkeit von Schülerinnen und Schülern mit autistischem Verhalten.

Frau Rabe und Herr Dr. Plenzke unterstützten dahingehend, dass bei der Beschulung von Schülerinnen und Schülern mit autistischem Verhalten die Ausbildung der Fähigkeit in der Gruppe zu lernen, einen besonderen Stellenwert einnimmt. Beide berichten von der Erarbeitung eines entsprechenden Papiers zur Bildung von Schwerpunktschulen im Land Brandenburg von 2010, welches damals dem MBS übergeben wurde, aber keinerlei Reaktionen vom MBS zeigte.

Alle bildungspolitischen Sprecher zeigten sich sehr interessiert und sahen das Treffen vordergründig als Information. Gleichzeitig zeigten sie Wege der Veränderungen bzw. Wege zum gemeinsamen Handeln auf (Einbeziehung des MBS). Einig waren sich alle Politiker, dass das Thema Beschulung von SuS mit autistischem Verhalten großen Stellenwert in der weiteren Arbeit aufweist.

Zusammenfassend wurde festgehalten:

- ✓ Wichtigkeit der Etablierung von multiprofessionellen Teams,
- ✓ Einarbeitung der vorliegenden Erkenntnisse in das Inklusionskonzept des Landes Brandenburg,
- ✓ Überarbeitung des vorliegenden Beratungssystems, insbesondere deren Beratungsstellen
- ✓ Beachtung der in der Sonderpädagogikverordnung festgeschriebenen Bildung von Klassen mit SuS mit sonderpädagogischen Förderbedarf (Max 23 SuS, davon 4 mit sonderpäd. Förderbedarf)
- ✓ Überarbeitung der Schulbaurichtlinien (Räume in Schulen fehlen)
- ✓ Nutzung der Erkenntnisse aus dem Konzept von 2010
- ✓ Lokale Unterschiede in der Beschulung von SuS mit autistischem Verhalten ändern.

Ein weiteres Treffen wurde für den 20. September 2016 um 16:00 Uhr in der Oberlinschule vereinbart. Auf der Tagesordnung steht das neue Inklusionskonzept des MBS.

Weitere Informationen unter: www.vds-in-brandenburg.de

Mit besten Grüßen
vds- Landesverband
Geschäftsführer
Dr. Uwe Plenzke